

Verleger: „Sozialistischer Verlag“ o. G. m. b. H.
Redaktion: Breslau 1, Mittelstra. 49/50. — Tel. Ring 8987.

Konkurrenz-Exemplare: Breslau 3, Rufenkamp 7.
Telefon für Inserate: Ofiz Nr. 1391.

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Einzelnummer 25 Pf. Durchschneider 1,40 Mk. für die Woche, 8,10 Mk. für den Monat.
Durch die Post: 8,10 Mk. für den Monat.

Verlagsort: Breslau, Nr. 28855
„Sozialistischer Verlag“ o. G. m. b. H., Breslau.

Abdruckverbot: Die Schließung der Druckerei über dem Namen 0,50 Mk., außerdem 0,50 Mk.
Druck- und Nachdruckgebühren, Familiennachrichten, Briefe und Veranlassungen 0,50 Mk.
Kontakts: Die Druckerei, Verlagsplatz über dem Namen, im Ort 3. - 11.

Für die internationale Einheitsfront!

Deutsche und polnische Arbeiter in Oberschlesien demonstrieren gegen die nationalistische Verheerung.

Vor einigen Tagen beschlagnahmen ober-schlesische Eisenbahner eine Ladung Summknüppel und übergaben sie der Gesamtarbeiterschaft. Die Knüppel waren für die nationalistischen Orgeschanden bestimmt und sollten zur „Steigerung“ der „nationalen Bewegung“ benutzt werden.

Die Vernichtung dieser Knüppel, die zu zwei großen Demonstrationen in Bismarckhütte und Zaborze Anlaß gab, wird uns von einem ober-schlesischen Genossen folgendermaßen geschildert:

In Bismarckhütte hatten sich etwa tausend Arbeiter nach Schicht auf einem Fabrikplatz versammelt, und es gingen unter Ansprachen kommunistischer Arbeiter deutscher und polnischer Zunge die Summknüppel in Flammen auf. Die Kundgebung klang aus in dem Gelächter aller polnischen und deutschen Arbeiter, sich geschlossen gegen den beiderseitigen Nationalismus zu wenden und gemeinsam nur den einen Feind, den Kapitalismus, zu bekämpfen. Nachdem noch ein Vertreter der kommunistischen Eisenbahner die Solidarität mit den Arbeitern bekräftigt hatte und die Arbeiter ihrerseits den Eisenbahner durch eine kurze Resolution den Dank für ihre Solidarität abgestattet hatten, schloß die imposante Kundgebung mit einem „Nieder“ auf den bürgerlichen Schwindel des Plebiszits und mit einem „Hoch“ auf Sowjet-Polen und Sowjet-Rußland und auf die soziale Weltrevolution.

Auch in Zaborze gestaltete sich die Kundgebung zu einem mächtigen Ausdruck des Willens, gegen die Orgesch und Solods als die nationalistischen Verbände der beiderseitigen Bourgeoisie mit allen Mitteln vorzugehen. Die Summknüppel gingen hier unter dem Gesang der Internationale in Flammen auf. Zahlreiche Spitzel bewegten sich natürlich unter der Menge, sie wagten es aber nicht, provokatorisch anzutreten. Auch hier schloß die Ver-

sammlung mit einem Hoch auf die Dritte Internationale und die Weltrevolution.

Die Demonstrationen zeigen, daß die deutsche und polnische Arbeiterschaft in Oberschlesien anfängt, sich gegen die nationalistische Verheerung zu wenden und die internationale Kampffront gegen den deutschen und polnischen Kapitalismus aufzurichten.

Polnische und deutsche Bourgeoisie benutzen die nationale Hege zur Ablenkung des Proletariats vom Klassenkampf. Sie formieren unter dem Mantel der nationalen Phrasen ihre weißen Gardien, die das Proletariat, wenn es mehr Brot und politische Freiheit fordert, niederschlagen sollen.

Das Proletariat nicht nur Oberschlesiens, sondern ganz Deutschlands und Polens muß deshalb alles daran setzen, auf dem eingeschlagenen Wege zur Bildung einer internationalen Kampffront schnell fortzuschreiten. Es gilt den Kampf aufzunehmen: Gegen die gegenrevolutionären Rüstungen der deutschen und polnischen Bourgeoisie! Für die Bewaffnung der deutschen und polnischen Arbeiter in internationalen Selbstschulungsformationen! Für mehr Brot, bessere Wohnung und Kleidung.

Die Demonstrationen in Oberschlesien sind gleichzeitig eine klatschende Ohrfeige an die Adresse der deutschen und polnischen rechtssozialistischen Führer, die sich im Chor mit ihrer Bourgeoisie an der nationalistischen Verheerung des Proletariats beteiligen. Erst vor kurzem hat die Breslauer Sozialdemokratie ausgerechnet den chauvinistischsten ihrer Genossen, den Heilmann, hier sprechen lassen. Anknüpfend an die Frage Oberschlesien propagiert er die nationale Einheitsfront von Graf Westarp bis Ledebour.

Die Antwort des Proletariats auf diese Pläne, die ein neues Verbrechen gegen die Klasseninteressen des Proletariats sind, muß die Herstellung der internationalen Einheitsfront über die Köpfe dieser Führer hinweg sein. Die letzte Antwort muß diesen Verrätern gegeben werden in der internationalen proletarischen Revolution, durch die auch die Frage Oberschlesien allein im proletarischen Sinne gelöst werden kann.

Die lebendige Hilflosigkeit.

In der Sitzung des Reichstags, am 1. Februar, gab der Außenminister Simon als lebendiges Bild der Hilflosigkeit der deutschen Bourgeoisie die Erklärung der deutschen Regierung zu den Notizen der Alliierten ab. Nicht einmal zu einem Entrüstungsdonner, wie es sonst bei ähnlichen Anlässen üblich war, schwang sich diesmal das hohe Haus auf. Die Regierungserklärung klang aus in den Worten:

„Wir können auf die Grundlage des Arrangements, das uns die Alliierten jetzt übergeben haben, als Basis weiterer Verhandlungen nicht treten. Wir werden jetzt versuchen, neue Vorschläge auszuarbeiten und werden damit an die Alliierten herantreten.“

Und das, nachdem vorher in der Erklärung festgestellt wurde, daß schon bisher alle Vorschläge der deutschen Regierung zur Reparationsfrage von der Entente nicht berücksichtigt sind und in der letzten Zeit überhaupt nicht mehr beantwortet wurden. Gibt es eine größere Hilflosigkeit als die Wiederholung eines Versuches, dessen Ausichtslosigkeit man seiner Ankündigung feststellen muß?

Diese Hilflosigkeit bedeutet, daß sich die deutsche Bourgeoisie dem Diktat der alliierten Bourgeoisien schon jetzt beugt, dem sie sich sowieso aus Schwäche beugen müßte.

Das kann die hohe Bourgeoisie leicht tun, denn sie wird das Geld, das die Alliierten fordern, letzten Endes aus den Taschen der arbeitenden Bevölkerung nehmen. Das Proletariat und die Mittelschichten werden die Hauptleidtragenden dabei sein. Um das gemeinsam mit der Entente zu erreichen, will man in London noch über eine „vernünftigeren“ Regelung der Wiedergutmachung verhandeln. Die Gefahr, daß die arbeitende Bevölkerung Deutschlands schlimmer noch wie bisher gleichmäßig vom deutschen und französischen Kapital in das Joch einer brutalen, unermesslichen Ausbeutung und Unterjochung gespannt wird, steht in ihrer ganzen Furchtbareit vor uns.

Die arbeitende Bevölkerung muß sich schon aus Selbsterhaltungstrieb in geschlossener Front dagegen zur Wehr setzen. Diese Front muß sich richten und den schärfsten Kampf aufnehmen gegen die deutsche Bourgeoisie. Sie, die jetzt hilflos dasteht, hat diesen Jammer herausbeschworen. Ihr muß jede Nacht genommen werden, denn jede Stärkung ihrer Macht würde sie über kurz oder lang zur Anzettelung eines neuen imperialistischen Krieges mit neuem Jammer benutzen.

An Stelle der regierenden hilflosen Gegenrevolution, deren Maßnahmen heute in steigendem Grade darauf abzielen, das Leben der arbeitenden Bevölkerung zu einem Elendsdasein zu machen, muß die proletarische Revolution auf den Plan treten und das Schicksal Deutschlands in die Hand nehmen. Wirtschaftlich hat ein proletarisch regiertes Deutschland sofort den Weg nach dem Osten frei, die engste wirtschaftliche und politische Interessengemeinschaft mit Rußland. Politisch kann sich ein Rätebündnis auf die aktive Unterstützung des Proletariats der ganzen Welt, auch der sogenannten Siegerländer, stützen. Seine Existenz allein schon ist der stärkste Motor für die proletarische Revolution in ganz Europa und damit die sichere Garantie für eine den Interessen des Proletariats entsprechenden Lösung des Wiederanbaues in Europa.

Die proletarische Revolution, die engste wirtschaftliche und politische Verbindung ist der einzige Ausweg aus der jetzigen Situation. Jagbarkeit und hilfloses Jammer in den Reihen der arbeitenden Bevölkerung aber würde ihren Untergang in Rot, Elend und Verflistung durch das deutsche und ausländische Kapital zur Folge haben.

Darum muß das Proletariat endlich aus der schlaftrigen Lethargie erwachen und zum Kampf gegen die Gegenrevolution, gegen Rot und Elend und für die proletarische Diktatur in geschlossener Front aufmarschieren.

Zur Parteisplaltung in Italien.

Auf Grund des Berichtes ihres Delegierten zum Livornoer Kongreß der italienischen sozialistischen Partei und nach darauf erfolgter Aussprache erklärt die Zentrale der I.P.S.D.:

1. Der Beschluß des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale über die Notwendigkeit der Reinigung aller kommunistischen Parteien oder solcher, die der Kommunistischen Internationale beitreten wollen von den reformistischen Elementen bildet die Voraussetzung jeder kommunistischen Tätigkeit. Die kommunistischen Parteien können weder die Revolution vorbereiten, noch den revolutionären Massen-kampf des Proletariats leiten, wenn sie in ihrer Mitte auf verantwortungsvollen Posten Gegner der proletarischen Revolution behalten.

2. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale handelte gemäß nicht nur dem Beschlusse des 2. Kongresses, sondern im vollen Einvernehmen mit den ihr angeschlossenen Parteien, wenn sie ultimativ von der italienischen Partei den sofortigen Ausschluß der Reformisten gefordert hat. Die unbeugsame Aufrechterhaltung dieser Forderung der Exekutive entsprach vollkommen den Interessen der italienischen, wie denen der internationalen Arbeiterbewegung: denn eben die Haltung der Reformisten nach dem Kongreß in der Frage der Befreiung der Fabriken bewies augenfällig den sozialverräterischen Charakter dieser Gruppe.

3. Die Mehrheit der Sozialistischen Partei Italiens unter Führung Serratis erklärte, die 21 Moskauer Bedingungen anzunehmen, nahm aber für sich das Recht in Anspruch, über die Art der Ausführung dieser Beschlüsse erst mit der Exekutive zu verhandeln. In dem halben Jahre, das seit dem Moskauer Kongreß verfloßen war, hat die Gruppe Serrati noch keinen Finger gerührt, um über die Art der Durchführung der Kongreßbeschlüsse der Exekutive irgendwelche konkreten Vorschläge zu machen. Dagegen hat Serrati offen die Anwesenheit von Reformisten in der italienischen Partei geleugnet. Dadurch wurde es notwendig, die Gruppe Serrati vor die Wahl zu stellen, ob sie ihre Verbindung mit den Reformisten oder mit der Kommunistischen Internationale höher schätzte.

4. Die Gruppe Serrati hat lieber die Spaltung der Partei und die Trennung von der Kommunistischen Internationale in Kauf genommen, als daß sie sich zur Scheidung von den Reformisten entschlossen hätte. Sie hat damit bewiesen, daß sie in Wirklichkeit noch nicht eine einheitliche, fest geschlossene kommunistische Kampfgruppe ist, sondern zentralistische Elemente enthält, die zwischen dem Kommunismus und dem Reformismus schwanken. Die Zentrale der I.P.S.D. anerkennt jedoch, daß ein erheblicher Teil der Gruppe Serrati von dem ernstlichen Willen besetzt ist, sich auf den Boden der Grundzüge und der organisatorischen Bedingungen der Kommunistischen Internationale zu stellen. Die kommunistische Partei Italiens (Gruppe Bordighi-Bombacci) hat sich konsequent und entschlossen auf diesen Boden gestellt, sie ist deshalb die einzige Partei Italiens, die auch von den Bruderparteien der anderen Länder als rechtmäßiges, vollberechtigtes Glied der Kommunistischen Internationale betrachtet und kraftvoll unterstützt werden muß.

5. Die Zentrale der I.P.S.D. hält eine Einigung zwischen der I.P.S.D. und dem Teil der abgeplitterten Gruppe Serrati für möglich, der ernstlich entschlossen ist, eine aktive Kampfgruppe der Kommunistischen Internationale zu bilden, indem sie sich in reinlicher Scheidung von allen zentralistischen Elementen und Tendenzen losragt. Die Zentrale der I.P.S.D. erwartet deshalb, daß die Exekutive der Kommunistischen Internationale auf eine Verständigung und Einigung der beiden Gruppen hinarbeitet, deren erste und wichtigste Vorbedingung selbstverständlich bleibt die Ausführung der Beschlüsse des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale.

6. Die Zentrale der I.P.S.D. gesteht die demagogische Verleumdungstaktik der unabhängigen Presse gegen die Kommunistische Internationale und ihr Exekutivkomitee an. Anlaß der Spaltung der italienischen Partei. Sie stellt fest, daß es sich hier nicht um eine Spaltung auf dem Mar von Moskau handelt, sondern um die Ausführung eines internationalen Beschlusses, an dem mitzuarbeiten die italienischen Genossen die Pflicht und Gelegenheit hatten, indem die Unabhängigen die Ausführung der internationalen Beschlüsse als Ausdruck der Diktatur des Exekutivkomitees darzustellen suchten, beweisen sie, daß sie überhaupt nur für eine Scheidung...

5-221

M.M.M.

nationale einziehen, die jedem Mitgliede freie Hand für eine opportunistische Politik läßt. Indem die Unabhängigen die Förderung des Ausschusses offener Reformisten als Schädigung der Arbeiterbewegung darstellen, beweisen sie, daß sie die Einigkeit mit den Scheidemannern für möglich und notwendig halten.

Der leidige Raumangel machte es uns unmöglich, die Polemik, die sich anlässlich der Entscheidung auf dem italienischen Parteitag in Livorno zwischen dem Genossen Levi und dem Genossen P. B. entspann, zu veröffentlichen. Wir sind Gegner der Auffassung des Genossen Levi, der den italienischen Kommunisten ihre intransigente (unversöhnliche) Haltung gegenüber der Serratigruppe vorwarf und der Exekutive der 3. Internationale eine versöhnliche Haltung gegenüber dieser Gruppe empfahl. Der Genosse P. B. hat mit durchschlagenden Argumenten diese Auffassung des Genossen Levi und ihre Begründung widerlegt.

Die obige Rundgebung unserer Zentrale rückt ebenfalls ab von den Schlussfolgerungen, die Genosse Levi aus der Entscheidung in Livorno gezogen hat. Wir begrüßen das.

Politische Uebersicht.

Ein böser Reifall der Unabhängigen.

Mit den schärfsten Mitteln der Verleumdung verjüngen die Unabhängigen und ihre rechtssozialistischen Spießgesellen dem stets wachsenden Einfluß der K.P.D. im deutschen Proletariat entgegenzuwirken. Von der persönlichen Verdächtigung ihrer Führer und Mitglieder bis zur offenen und versteckten Denunziation an die Behörden scheuen diese politischen Kollusen vor keiner Methode zurück, von deren Bratizierung sie sich Vorteile für ihre subjektiv verlogene und objektiv konterrevolutionäre Hege gegen die K.P.D. versprechen. Nun aber haben sie sich im Uebereifer selbst die fürchterlichste Dackelpfote gegeben, die ihnen gegeben werden konnte: sie haben gerade durch die Veröffentlichung des gestohlenen Briefes des Genossen Dr. Paul Levi den Nachweis der Verlogenheit ihrer Behauptung gebracht, die K.P.D. sei ein willensloses Werkzeug in der Hand des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale in Moskau. Die „Freiheit“ veröffentlicht ihn in ihrer Nummer vom 30. Januar als Beweis für die Abhängigkeit der deutschen K.P.D. von Moskau, während seine Lektüre ergibt — was auch unsere Politik der letzten Monate anzeigt —, daß er nichts weiter bedeutet als die glatte Desavouierung des unabhängigen Verleumdungsfeldzuges. Unsere Leser mögen selbst urteilen und die Dokumente auch den noch unabhängigen und rechtssozialistischen Arbeitern nicht vorenthalten, damit sie erfahren, wie sie über die Organisation unserer Partei und ihr Verhältnis zur Kommunistischen Internationale systematisch belogen und betrogen werden!

Der Brief des Genossen Levi:

Berlin, den 27. Januar 1921.

Mein Genosse!

Ich möchte Ihren Brief vom 27. d. Mts. nicht bestrafen, ohne zugleich auf einige der tatsächlichen Unrichtigkeiten hinzuweisen, die sich in ihm — namentlich unter III c — befinden:

a) Es ist unrichtig, daß ich in der Zentrale ohne Unterbrechen den Glauben an die Möglichkeit der Vereinigung der Exekutive im Sinne der deutschen Partei, an die Möglichkeit der Besserung der eventuellen Fehler der Exekutive befreite. Ganz abgesehen von der rhetorischen Uebertreibung dieses Satzes präzisiere ich demgegenüber meinen Standpunkt wie folgt: Die Besserung der Fehler der Exekutive wird erfolgen. Sie kann nur erfolgen von Anstand aus. Konkrete Vorschläge oder Kritik von unserer Seite in diesem Augenblick würden die Verhältnisse nicht ändern, sondern unsere Beziehungen zur Exekutive nutzlos trüben. Ich fühle diese Auffassung auf Gründe.

b) Wie ich den Vorberath hiernach befreite, befreite ich auch die Möglichkeit ihres Folgezuges, daß mein Artikel über die italienische Spaltung die Krone diesem Verhalten zur Exekutive aufsetze.

Ich nehme mir in diesem Artikel die Freiheit, für das Verhalten der Exekutive in einer konkreten Frage Wünsche zu äußern. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß damit Ihre Behauptung, daß ich Kritik übe, „ohne irgend welche Aenderungs- oder Verbesserungsvorschläge zu machen“, widerlegt ist, hat der Erfolg, den ich mit diesen Wünschen bei dem deutschen Vertreter des Exekutivkomitees erreicht habe, meine Lust zu neuen Versuchen nicht getilgt.

Ich halte mich für berechtigt, solche politischen Wünsche zu äußern und halte Ihre Auffassung gestern für einen Mißbrauch der Ihnen von der Exekutive übertragenen Rechte und für einen Eingriff in jenes mein und unser — der Parteimitglieder — Recht.

c) Ich verteidige meinen Artikel über Italien nicht damit, daß „ich nicht in der Lage sei und nicht wage, in der Öffentlichkeit die Wahrheit über die Exekutive zu sagen“. Ich verteidige diesen Artikel mit den wahren Interessen der Kommunistischen Internationale.

d) Dieser ganze unter c) zitierte Satz ist eine Unrichtigkeit. Und fehlt es weder an Mut noch Material, über die Exekutive zu schreiben. Ich halte es jetzt nicht für opportun, aus den Gründen zu a) und aus dem weiteren Grund, daß die Richtung einer organisatorischen Differenz in Rücksicht auf andere Länder, in denen der Gehalt der Kommunistischen Internationale sich noch festigen muß, höchst unerwünscht und schädlich wäre.

e) Ich kann nicht anerkennen, daß meine „Haltung“ gestern Ihre Veranlassung zu irgendwelchen Entschärfungen gegeben, geschweige denn zu solchen „gründlich“ habe. Ich erlaube mir, bis auf weiteres der Meinung zu sein, daß Ihre „Haltung“ gestern einem bereits in die Sitzung eingebrachten Plan entsprach. Ich nehme damit einen zu Ihren Gunsten sprechenden Anstand an.

f) Ihr Schreiben enthält keine Antwort auf die von mir vorgelegte Frage wie Ihre Worte:

„ehe Sie uns angreifen wollen, werden wir dem zuvor kommen und werden das Schwert gegen Sie ziehen“, zu deuten seien. Ich weiß die Gründe für dieses Still-schweigen zu würdigen.

g) Der Satz unter IIIa Ihres Schreibens verurteilt nur die formelle Seite Ihres Verhaltens gestern. Ich muß daher den materiellen Teil meiner Fragen wiederholen:

„Hält die Exekutive oder ihr deutscher Vertreter meine Entfernung vom Posten als Vorzeichen der Partei für nötig oder auch nur wünschenswert?“

Ich bitte, diese Frage nicht ferratinisch, sondern offen zu beantworten. Sie ist so gestellt, daß sie mit ja oder nein beantwortet werden kann.

h) Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, schriftlich folgendes festzulegen:

Ich war am Abend vor meiner Abreise nach Italien bis ein Uhr mit Ihnen zusammen. Wir waren damals in unserer Auffassung über Italien einig und zwar in der Auffassung, die ich vor wie nach dem italienischen Kongreß vertreten habe. Ich glaube, daß Sie sich dieser Tatsache entsinnen werden und möchte für den Fall, daß das nicht zutreffen sollte, im voraus bereits darauf hinweisen, daß Sie eben, weil unsere letzte Besprechung nicht im Einklang stand mit Informationen aus Moskau, die erst nach meiner Abreise antamen, mir telegraphisch die neue Auffassung der Exekutive mitgeteilt haben.

Mit kommunistischem Gruß
(Unterschrift).

Erläuterung.

Zu der Veröffentlichung eines gestohlenen Briefes durch die „Freiheit“ erklären wir folgendes:

1. Wie schon der Inhalt des Briefes zeigt, ist er im Laufe einer persönlichen Differenz geschrieben, die über gewisse Auffassungen eines Vertreters der Exekutive entstanden waren. So ist dieser Brief ein persönlicher; er ist der Zentrale erst durch die Veröffentlichung in der „Freiheit“ bekannt geworden.

2. Die zwischen der K.P.D. und der Exekutive der Kommunistischen Internationale strittigen Fragen: die Frage der K.P.D., die Frage der Arbeiterunion und Syndikalisten, sowie die Frage der italienischen Partespaltung sind in der Presse der K.P.D. kontrovers behandelt worden; die Streitfragen, wie die Gründe für und wider liegen klar vor jedermanns Augen, und die Zentrale wird in diesen Tagen zu allen diesen Punkten förmlich Stellung nehmen.

3. Weder der Briefschreiber, noch die Zentrale der K.P.D., noch die Exekutive der Kommunistischen Internationale, noch deren Vertreter denken daran, die Zusammensetzung der Zentrale einer Kommunistischen Partei von der Zustimmung der Exekutive abhängig zu machen. Darüber bestimmt allein der Parteitag. Die in dem Brief gestellte Frage hatte keinen anderen Zweck als den, festzustellen, ob zwischen den Auffassungen des Briefschreibers und des Vertreters der Exekutive eine Differenz besteht, die eine Stellungnahme seitens der deutschen Kommunistischen Partei erfordert.

Daß in einer zentralistischen Organisation, wie der Kommunistischen Internationale, ein Gegensatz zwischen dem Vorsitzenden einer Partei und der zentralen Körperschaft nicht ungelöst bestehen kann, mag dem verwunderlich erscheinen, der, wie die „Freiheit“, eine Partei mit einer Zigeunerbande verwechselt.

4. Angesichts dieser Tatsache gehört der ganze traurige Mut abgebrannter Verleumder dazu, aus diesem Briefe und aus den verschiedenen öffentlich erörterten Differenzen „Gummigehäuse“ und den anderen Schwindel folgern zu wollen, wie die „Freiheit“ tut. Wir vertrauen, daß selbst kein Leser der „Freiheit“ darauf hereinfällt. Die Existenz dieses Briefes und die gepflogene und noch zu pflegenden öffentliche Erörterung der strittigen Fragen scheinen uns der hündigste Beweis zu sein, gegen den „Freiheit“-Schwindel und für die Selbstständigkeit der Auffassungen der K.P.D.

Wir vertrauen aber auch darauf, daß selbst der letzte Leser der „Freiheit“ begreifen wird, daß hier eine unabhängige „Aktion“ vorliegt, die keinen anderen Zweck verfolgen kann, als den, Weismanns Spitzeln ein neues Tätigkeitsfeld zu eröffnen. Insofern wird die Veröffentlichung der „Freiheit“ mit heillosem Folgen haben.

Berlin, den 31. Januar 1921.

Die Zentrale der K.P.D.

Helfferich feiert Bayern als Preußens Vorbild.

Helfferich hat in München vor einer deutschnationalen Versammlung eine preußische Wahlrede gehalten. Diese soubretteartige Lokalverhöhnung ist an sich schon kennzeichnend genug für die allgemeine Bedeutung, die die Reaktion der Preußenwahl beilegt. Preußen soll Bayern angepaßt und das Reich im bayrischen Sinne verstaatlicht werden.

Besonders legte sich Helfferich für die Orgesch ins Zeug. Die Reichsregierung biete für die kommunistischen Umwälzungsverfäße nicht den nötigen Schutz, weshalb der „Selbstschuß“ der Revolution eingreifen müsse. Dieses Recht solle das deutsche Volk durch das schmachvolle Diktat von Spaan, das eine schmachvolle Regierung hingenommen habe, herankommen. Männer, wie Eberhard, die hoffentlich nicht mehr lange in der preußischen Regierung sitzen würden, ließen dem Feinde noch ihre Unterstützung. Die Preußenwahl müsse auch für Preußen die Sejmung bringen. Ein Fehler, wie die Unterzeichnung des Entschärfungsprotokolls, dürfe ein zweites Mal nicht gemacht werden. Das deutsche Volk müsse die Berliner Wutbürger mit Stumpf und Stiel androhen. Der Sozialdemokratie sagte Helfferich den härtesten Kampf an. Er tadelt die „Deutsche Volkspartei“, daß sie es immer noch so hüpfle, als ob es ohne die Sozialdemokratie nicht ginge. Bayern habe den Beweis geliefert, daß es ohne Sozialdemokratie viel besser gehe. Auf das Zentrum sei kein

Verlaß, der böse Geist Erzbergers wirke darin immer noch fort. Helfferich schloß mit den Worten, daß durch die Preußenwahl das bayrische Vorbild in ganz Deutschland zur Herrschaft kommen müsse.

Helfferich hat also die Orgesch zur preußischen Wahlparole gemacht. Sie soll auch in Preußen so uneingeschränkt zur Macht gelangen, wie in Bayern. Das ist eine Sammlungsparole auch für das Proletariat. Die Preußenwahl steht damit im Zeichen des Entscheidungskampfes gegen die bewaffnete legale und illegale Organisation der Reaktion. Die Grundbedingung für die Durchführung dieses Entscheidungskampfes ist die Bildung der proletarischen Einheitsfront und die Durchsicht dieser ist die Preußenwahl.

Paul Löbe und Escherich.

„Paul, so sieh'ste aus!“

Im Dezemberheft 1920 der Zeitschrift „Heimgarten“ von Rosegger prangen Aussprüche hervorragender Geister über den Zusammenschluß des Deutschen Reiches mit Oesterreich. Man traut seinen Augen kaum, da folgende Namen in trautem Beieinander zu finden:

Ebert, Wolfgang Heine, General der Artillerie von Gallwitz, Escherich, Löbe, (1) Ludendorff, Boltho Graf von Wedel, Reinhold Wulle u. a.

Welch ein erbauliches vierblättriges Kleeblatt: Paul Löbe, der derzeitige erlauchte Präsident des Reichstages und „Arbeiterführer“, mit Escherich, dem berühmten Orgeschhauptide, Ludendorff, dem geschlagenen Massenmörder und Herrn Reinhold Wulle, dem bekannten Knüttelantifemiterich Hand in Hand! — Mehr kann man wirklich nicht verlangen.

Wie sagt doch gleich Gretchen im Faust: „Es tut mir in der Seele weh, daß ich Dich in der Gesellschaft seh!“ Besser aber noch kann man sagen: „Paul, so sieh'ste aus!“

Der republikanische Führerbund in Bayern verboten.

(M.T.B.) Wie die Münchener Blätter melden, wurden durch Verfügung des Staatskommissars die Versammlungen des Republikanischen Führerbundes verboten. In den Wohnungen des Bundesvorsitzenden Hauptmann a. D. Schueßinger und des Generalsekretärs wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen. Gegen beide wurde Anzeige wegen Vergehens gegen die Verordnung betreffend Bildung verbotener militärischer Verbände (!) erstattet.

In Bayern, wo die verbotenen militärischen Verbände nur so aus der Erde schießen, wird gegen den Republikanischen Führerbund mit dieser Begründung eingeschritten, wohl um der Entente den guten Willen in der Entwaffnungsfrage vorzudemonstrieren! In Bayern ist die „Demokratie“ längst zur nackten Diktatur der Kahr und Escherich geworden. Sie werden ihre Diktatur über das ganze Reich ausdehnen, wenn die Arbeiterschaft sich nicht zum Kampf gegen die Orgeschbande zusammenschließt.

Der Geist von 1914 geht um.

Nach Aufhebung der gestrigen Reichstagsitzung fanden während des Nachmittags und Abends eingehende Verhandlungen der Fraktionen über die Pariser Ententebeschlüsse statt. In der Fraktion der Deutschen Volkspartei wurde insbesondere die Bildung einer nationalen Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, die zweckmäßig auch in der Kabinettsbildung zum Ausdruck zu bringen wäre, zwecks gemeinsamen Widerstands gegen die Ententebeschlüsse erörtert. Inzwischen ist die schöne Hoffnung an der Angst der Sozialisten vor den Folgen bei der bevorstehenden Wahl zerstückelt.

Die Leiden der internierten Rotarmisten.

Die im Kellergar internierten Rotarmisten haben in einer Lagerversammlung folgende Resolution angenommen: Wir 2208 russische Kriegsgefangene des Kellergar protestieren energisch gegen die Gewalttätigkeiten, die man an unseren Brüdern in den Lagern Reuhammer, Frankfurt a. D., Cottbus, Guben, Havelberg, Garmeln, Minden und Parchim verübt. Im Lager Guben waltet der Lagerdirektor Grabowski. Grabowski ließ die Mitglieder des politischen Komitees verhaften und veranlaßte Hausdurchsuchungen im Lager, nur, weil die Kriegsgefangenen dort Kommunisten sind. Er mißachtet den abgeschlossenen Vertrag zwischen der deutschen und der russischen Regierung, wonach die Heimtransporte von Lagerverwaltung und Komitee zusammen organisiert werden sollen. Die Beamten Grabowskis gehen selbstständig bei der Zusammenstellung der Transporte vor. Auf die Proteste des Komitees erwidert dieser Lagerdirektor, daß er Kommandant sei und zu sagen habe.

Auch die Verpflegung und die medizinische Hilfe ist sehr schlecht organisiert, es fehlt ganz an Desinfektionsapparaten. Wir protestieren vor der deutschen Regierung und dem deutschen Volke, dessen kriegsgefangenen Soldaten in Russland jedes Recht und jede Freiheit gewährt wird, und welches zweifelslos in seinen großen Massen gegen diese Gewalttätigkeiten ist. Wir hoffen, daß die deutsche Regierung diesen ungerechten Maßnahmen ein Ende bereitet und die Schuldigen der geschlichen Bestrafung zuführt.

Die zwei neuen Noten.

Der deutschen Regierung wurden am 31. Januar die Wiedergutmachungsnote und die Entwaffnungsnote überreicht. Sie füllen viele Seiten, weshalb wir uns mit einem Auszug begnügen.

1. Wiedergutmachungsnote.

Artikel 1 enthält die bereits mitgeteilten Schuldverrechnungen in der Höhe von 226 Milliarden Goldmark, und zwar sind zu zahlen:

1921—23 Jahresraten von je 2 Milliarden Goldmark
1923—26 Jahresraten von je 3 Milliarden Goldmark
1926—29 Jahresraten von je 4 Milliarden Goldmark
1929—32 Jahresraten von je 5 Milliarden Goldmark
1932—63 Jahresraten von je 6 Milliarden Goldmark.

Dazu kommen 12 Jahresraten von 1921—33 von je 12% des Wertes der deutschen Ausfuhr in Gold (dazu kommen noch die jährlichen Besatzungskosten von ungefähr 1 Milliarde Goldmark.) Deutschland hat außerdem alle Erleichterungen bei der Ueberwachung der deutschen Ausfuhr zu gewahren.

Artikel 2 bestimmt, daß die deutsche Regierung ihren Vierzugmachungsgebläubigern Gutscheine ausstellt.

Artikel 3 bestimmt, daß Vorauszahlungen auf die Jahresraten bis zum 1. Mai 1923 mit 8, bis 1. Mai 1926 mit 6, vom 1. Mai 1926 ab mit 5% erleichtert werden.

Artikel 4 bestimmt, daß Deutschland weder mittelbar noch unmittelbar irgendeine Kreditoperation außerhalb seines Gebietes ohne Zustimmung der Reparationskommission unternehmen darf. Dieses gilt für die Reichs-, die Landes- und Gemeindebehörden.

Artikel 5 bestimmt, daß aller Besitz und alle Einnahmen des Staates und des Reiches für die Ausführungen haften. Sollte Deutschland eine Rate nicht bezahlen, so kann die Gesamtheit oder ein Teil der Zölle Deutschlands beschlagnahmt werden oder die Reparationskommission kann die Tarife erhöhen oder zur Verweigerung ihrer Einnahme beliebige andere Steuern erheben. Uebrigens wird, wenn das alles nicht hilft, mit „gerechtfertigten Maßnahmen“ dann gedroht.

Unterzeichnet ist die Note in Paris am 29. Januar vom belgischen Minister Jaspar, von Lloyd George, von Briand, vom Italiener Sforza und dem Japaner Tsiji.

Diese Note bestätigt nur, was alle bisherigen Konferenzen angekündigt hatten: daß die Ententebourgeoisie beabsichtigt, das gesamte deutsche Volk über ein Menschenalter hinaus in Sklaverei zu halten, daß sie als seine eigentliche Regierung ihre Bogtei die Reparationskommission und als ihren Büttel die Besatzungsarmeen einsetzen wolle. Da die deutsche Bourgeoisie auf absehbare Zeit nicht daran denken kann, sich zu erheben (eine ähnliche Erhebung, wie die türkisch-nationale des Kemal Pascha z. B., würde schon an der notwendigen Orientierung nach einem Bündnis mit Sowjetrußland scheitern, abgesehen von den anderen Kampfbedingungen), da sie weiter nicht daran denkt, einen entsprechenden Teil der dadurch notwendig gewordenen Sklavenarbeit zu übernehmen, muß sie diese auf die Arbeiterschaft vollkommen abwälzen, und man kann sich die ganze Sinnlosigkeit und Aussichtslosigkeit ihres Beginns von vornherein klarmachen, wenn man sich überlegt, daß von den zu zahlenden fast 300 Milliarden Goldmark, wenn man für Deutschland ungefähr 20 Millionen Produktivtätige rechnet, von deren Arbeit diese bezahlt werden müßten, — auf den einzelnen dieser Produktivtätigen für die ganze Zeit ein Betrag von etwa 150 000 Papiermark oder eine jährliche Schuldrate von über 4000 Mark entfiel. Anders ausgedrückt: jeder deutsche Arbeiter müßte wenigstens zwei Monate im Jahre als Knecht der Entente arbeiten oder, was dasselbe ist, er hätte statt der 8 Stunden täglich 9 bis 10 Stunden zu arbeiten, um den Hungerlohn des Achtstundentages, vorausgesetzt, die zusammenbrechende Wirtschaft könnte überhaupt weitergeführt werden. Solche Jahre nach der Revolution, die dagegen der einzige Ausweg ist und beschritten werden wird, wird niemand diese Bestimmungen mehr anders als ein historisches Kuriosum ansehen.

2. Die Entwaffnungsnote

fordert beschleunigte Verabschiedung des neuen Reichswehrgesetzes, besonders die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht im Staat und Ländern. Das Ziel an Offizieren und Angestellten soll bis 15. März bereitgestellt werden.

Die deutsche Regierung wird aufgefordert, den Kriegsmaterialrest, und zwar den durch die Herabsetzung der Reichswehr auf 100 000 Mann überflüssig gewordenen, die Geschützartillerie der Landbesatzung sowie den Rest in Depots und Arsenalen vorhandenen und die noch restlichen in den Händen der Zivilbevölkerung befindlichen Waffen auszuliefern. Es dürfen nur Fabriken der Entente zur Herstellung von Kriegsmaterial zugelassen werden, Rüsting und Löwen-Boyer bleiben unbesetzt, und Königsberg erhält nur 22 schwere Geschütze.

Die Selbstschutzorganisationen müssen spätestens am 30. Juni aufgelöst werden, ihre schweren Waffen und zwei Drittel der Handwaffen sind bereits bis zum 31. März d. J. einschließlich der Munition abzuliefern. Die Ententemächte erinnern daran, daß die Gesamtheit der deutschen Polizeikräfte die Stärke von 150 000 Mann nicht überschreiten darf. — Die Marine hat die Uebergabe der geforderten Schiffe bis zum 28. Februar, die Desarmierung der in Kiel-See gestellten Schiffe bis zum 30. April, die Zerstörung der im Bau befindlichen Kriegsschiffe bis zum 31. Juli d. J. und die vollständige Zerstörung (auch der von Holland bestellten) U-Boote sofort zu erfolgen. Die vollständige Ausrüstung der leichten Kreuzer und Zerstörer muß ebenfalls sofort ausgeliefert werden.

Die Bestimmungen über Luftfahrt erklären, Deutschland habe noch nicht alle Flugzeuge, Motoren und Flugzeugmaterial abgeliefert. 1400 Flugzeuge und 5000 Motoren sollen noch rückständig sein. Deutschland habe die Herstellung von Luftfahrtgeräten wieder aufgenommen, weigere sich, die Entschädigung für die im Jahre 1919 zerstörten Zeppelinflugzeuge zu leisten, sowie daß es das Recht beansprucht, Polizeiflugzeuge zu verwenden und daß es die Summe von 25 Millionen Mark, die als Entschädigung für das unzulässigerweise beschlagnahmte Material verlangt werden, noch nicht gezahlt hat.

Daher müssen die Nachforschungen nach verstecktem Material erleichtert werden, die Ablieferungen am 15. Mai 1921 beendet sein, Neuzugung darf vorläufig nicht voranommen, Entschädigung für die zerstörten Zeppeline muß geleistet werden, Flugzeuge bei den Polizeiformationen werden

unterjagt. Die Note schließt mit einer Ermahnung, „daß die deutsche Regierung die alliierten Mächte in die Notwendigkeit versetzen werde, die ernste Lage ins Auge zu fassen, die entstehen würde, wenn Deutschland weiter seine Verpflichtungen verlehre“.

Wir haben zu den Entwaffnungsbestimmungen schon ausführlich Stellung genommen. Sie verfolgen die klare Absicht, die deutsche Reaktion zum Niederlagen der deutschen Revolution hinreichend bewaffnet zu lassen, nachdem man ihr die Möglichkeit genommen hat, ein neues kriegerisches Abenteuer zu versuchen.

Internationales.

Der Kongreß der italienischen Transportarbeiter für die 3. Internationale.

Der Kongreß der italienischen Transportarbeiter hat mit einem großen Siege der Kommunisten geendet. Diese starke Gewerkschaft beschloß, weiter im italienischen Allgemeinen Gewerkschaftsverband zu verbleiben, um dort für die Radikalisierung der Gewerkschaftsbewegung zu arbeiten. Der Kongreß richtete einen Gruß an die kommunistische Internationale und an die von ihr anerkannte kommunistische Partei Italiens.

Anschluß kanadischer Arbeiter an die 3. Internationale.

Aus Winnipeg wird gemeldet: Die Winnipegische Abteilung des Landarbeiterverbandes hat beschlossen, dem internationalen Gewerkschaftsverband der 3. Internationale beizutreten und hat ihren Generalsekretär beauftragt, in dieser Angelegenheit Verhandlungen anzuknüpfen.

Die Spaltung

der tschechischen Nationalsozialisten.

„Nosta Wien.“ Prag, 30. Januar. Die tschechische nationalsozialistische Abgeordnete Frau Landa Stichowa hielt in einer Versammlung der Nationalsozialisten eine Rede, in der sie für den Bolschewismus und die 3. Internationale eintrat. Die Versammlung verlief sehr stürmisch.

Das Ende der russischen Sozialrevolutionäre.

Moskau, 29. Januar. „Iswestija“ veröffentlicht einen Brief, laut welchem der frühere Sekretär des Komitees der Sozialrevolutionären Partei seinem Wunsch, in die kommunistische Partei einzutreten, Ausdruck gibt. Es wird auch der Brief eines anderen Sozialrevolutionären namens Dplo veröffentlicht, der ebenfalls diesem Wunsche Ausdruck gibt.

Ein kommunistischer Kongreß in Taschkent.

T. U. Rotterdam, 29. Januar. In Taschkent wurde dieser Tage ein kommunistischer Kongreß eröffnet. 180 Abgeordnete, die 31 kommunistische Organisationen mit einer Mitgliederzahl von 20 000 Türken aus Turkestan vertraten, nahmen daran teil. Nach den üblichen Begrüßungsreden wurde eine Entschließung angenommen, worin der beste Wille der Kongreßteilnehmer zum Ausdruck kam, alle Kräfte in den Dienst der Propaganda des Kommunismus in Turkestan zu stellen.

Unruhen in Italien.

Berlin, 1. Februar. Der „Zürcher Anzeiger“ meldet aus Mailand: In der Lombarde dauern die Zusammenstöße an. Sorrent mußte militärisch besetzt werden. Auch in Rom haben sich Zwischenfälle und Unruhen ereignet.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaftsbürokratie an der Arbeit gegen die Kommunisten!

Unsere Brandenburger Genossen hatten anlässlich des Todestages von Mia Luxemburg und Karl Liebknecht am 15. Januar eine Kundgebung nach dem Trauerberg in Brandenburg einberufen. Zu dieser Kundgebung wurden auch Arbeitslose und Streikende durch Plakate eingeladen. Diese Kundgebung richtete sich zu gleicher Zeit gegen die von Tag zu Tag größer werdende Verelendung des Proletariats und die in erschreckendem Maße um sich greifende Arbeitslosigkeit in Brandenburg. Unser Vorsitzender der dortigen Ortsgruppe, der Genosse Zappe, ließ eine Resolution, welche die Stuttgarter Forderungen enthielt, sowie eine Reihe weiterer bekannter Forderungen für Arbeitslose, z. B. Inangriffnahme von Notstandsarbeiten, Erhöhung der Unterstützung, sowie Maßnahmen zur Verpflegung der Kinder der Arbeitslosen und Streikenden zur Abstimmung bringen. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Diese Resolution hat unser Genosse dem Brandenburger Gewerkschaftskartell und der Zählstelle des Metallarbeiterverbandes Brandenburg zur Beschlußfassung unterbreitet.

Die Antwort darauf war folgendes Schreiben:

„Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Brandenburg a. G.“

Brandenburg, den 25. Januar 1921.
Steinstraße 32.

Herrn Albert Zappe, hier, Göttenstraße 9.

Einschreiben.

Wir bestätigen den Empfang des Schreibens vom 15. 1. und haben hierzu folgendes zu bemerken: Die Interessen der Arbeitslosen und der Streikenden zu vertreten, soweit dieselben unserer Organisation angehören, ist nur berechtigt die von der Mitgliedschaft alljährlich gewählte Ortsverwaltung. Die Ortsverwaltung hat deshalb

beschlossen, gegen Dich ein Ausschlußverfahren einzuleiten, weil sie in Deinen Handlungen eine verbandswidrige Tätigkeit erblickt.

Wir ersuchen Dich, innerhalb acht Tagen zu diesem nach dem Statut zusammenzusetzenden Schiedsgericht von Deiner Seite zwei Beisitzer mit Angabe ihrer Adressen zu nennen und hiervon baldmöglichst Mitteilung zu machen.

Mit kollegialem Gruß (Stempel) geg. Witt.“

Eine größere Frivolität der Gewerkschaftsbürokratie ist wohl noch nie zutage getreten. Wer die Interessen der Arbeitslosen und Streikenden vertritt, übt eine verbandswidrige Tätigkeit aus! Wir sind neugierig, wie das Schiedsgericht ausfallen wird.

Hoffentlich geben die Brandenburger Metallarbeiter dieser vom Kaiserwahnstun besessenen Gewerkschaftsbürokratie die richtige Antwort. Hier zeigt es sich deutlich, wo die Gewerkschaftszersplitterung, und wie mit allen Mitteln versucht wird, unter der Parole Dismanns die Metallarbeiter zu provozieren. Aber wir sind überzeugt, daß unsere Genossen sich nicht provozieren lassen, und daß die Gewerkschaftsbürokratie auf diesem Wege nie und nimmer ihr Ziel erreichen wird. Metallarbeiter, auf der Hut!

Die Münchener Eisenbahner zum Abschluß der Lohnbewegung.

Die Kritiker sollen ausgeschlossen werden.

Die Münchener Eisenbahner haben folgende Entschließung angenommen:

„Die am 27. Januar 1921 im Augustiner-Keller tagende Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute des D.E.B. der Ortsverwaltung München nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem Ergebnis der Verhandlungen über die Teuerungszuschläge für Beamte und Arbeiter. — Sie protestieren mit aller Entschiedenheit gegen dieses der ungeheuren Not und des namenlosen Elends aller Eisenbahner hohnsprechenden Resultats. Sie erklären die Rundgebung des Sechzehnerausschusses und den Artikel der Vorstandschaft „Unsere Lohn- und Gehaltsbewegung beendet“ in Nr. 3 unseres Verbandsorgans als eine direkte Verhöhnung der gesamten Arbeiter- und Beamtschaft durch die im Verhältnis zur Arbeiterschaft außerordentlich gut bezahlte Gewerkschaftsbürokratie. Sie betrachten die ganze Einleitung und Verhandlung unserer Lohn- und Gehaltsbewegung als eine der freien Gewerkschaften unwürdige Abwürgung einer Lohnforderung und sprechen deshalb der engeren sowie der erweiterten Vorstandschaft namentlich der Kollegen, die gegen die Annahme der Forderung stimmten, das schärfste Mißtrauen aus. — Die Betriebsräte und Vertrauensleute werden trotz des Bestrebens der Vorstandschaft, die Organisation zu sprengen, um den Rest als bequemes Werkzeug in der Arbeitsgemeinschaft mit der Regierung zu gestalten, einmütig zusammenstehen und ernstlich bestrebt sein, unsere Organisation zu einer wirklichen, klaren und zielbewußten Kampforganisation auszubauen, zum Wohle der gesamten Arbeiter- und Beamtschaft.“

Der Vorstand des D.E.B. wendet auch in München sein übliches Verfahren an. Er „verfügt“ gegenüber dem kommunistischen Vorführer den Ausschluß und hofft damit die anderen einzuschüchtern. Wie in Köln und Berlin hat er damit aber auch in München das Gegenteil erzielt, was der folgende, einstimmig angenommene Beschluß beweist:

„Die Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute des D.E.B. der Ortsverwaltung München protestiert energisch gegen die Ausschließung des Kollegen Christoph Kammerer.“

Sie konstatiert ausdrücklich, daß Kollege Kammerer seit vielen Jahren (16 Jahre) seine ganze Person für die Sache der Arbeiterschaft zum Ausbau und zur Förderung des Verbandes und seiner Interessen eingesetzt hat. Sie erklärt ferner, daß sie nach wie vor ihn als Hauptbetriebsrat beim Reichsoberlehrministerium, Zweigstelle Bayern, anerkennt.

Seine Wähler erwarten von ihm, daß er nach wie vor ihre Interessen vertritt, und stellen sich einmütig hinter ihn.

Von der Beschwerdekommision und der Vorstandschaft verlangen sie, daß der aus politischen Erwägungen erfolgte Ausschluß ihres Vertreters im Interesse des Verbandes und der Geschlossenheit der Mitglieder zurückgenommen wird.“

Es ist erfreulich, daß die Eisenbahner mehr und mehr das Spiel der Gewerkschaftsbürokratie zu durchschauen begannen. Es wird notwendig sein, daß nicht nur die Eisenbahner Bayerns und des ganzen Reichs der Gewerkschaftsbürokratie auf die Finger sehen, sondern alle organisierten Arbeiter müssen geschlossen der Provokation jener Handvoll Leute gegenüberreten, die durch den Ausschluß der Kommunisten bewußt auf die Sprengung der Organisationen hinarbeiten, um ihren Bankrott zu verbergen.

Kapitalistische Wirtschaft

Die Unverschämtheit der Kohlenkapitalisten.

Vor kurzem ist den Ruhrkohlenbergarbeitern durch Schiedspruch eine Lohnerhöhung bewilligt worden, ohne daß die Zeichen der Genehmigung erhielten, gleichzeitig mit Inkrafttreten der Lohnerhöhung die Kohlenpreise zu steigern. Wie nunmehr bekannt wird, haben einige der betroffenen Zeichen gegen den Fiskus eine Klage angestrengt auf Feststellung dahin, daß der Schiedspruch rechtlich unzulässig sei. Für den Fall eines obliegenden Urteils in dieser Klage wollen die rheinisch-westfälischen Kohlenkapitalisten eine neue Klage auf Schadenersatz erheben.

Die Unerschämtheit der profitwütigen Kohlenbarone wird durch dieses Vorgehen trefflich illustriert. Man braucht nur einen Blick auf die Dividenden der Kohlenbergwerke zu werfen, man braucht sich nur die Tatsache vergegenwärtigen

daß sie trotz reichlicher Dividende immer noch genug Mittel übrig behalten, um den stets wachsenden Teil der deutschen Verarbeitungsindustrie unter ihre Kontrolle zu bringen, um zu erwägen, wie „begründet“ ihre Lage ist. Sie wenden sich auch weniger gegen den Schiedsspruch, als gegen die in ihm geübte Praxis, den Besen die Lohnerhöhung nicht als Grund für über sie weit hinausgehende Kohlenpreissteigerungen zu genehmigen. Im übrigen wird das Urteil zweifellos den Erwartungen der Besenkapitalisten entsprechen, womit es die gesetzliche Bestätigung der absoluten kapitalistischen Wucherfreiheit abgibt, die bisher noch gefehlt hat.

Aus der Provinz.

In Gottesberg steht die Belegschaft der Schlesiens Kohlen- und Kokswerke geschlossen hinter der S.R.P.D. und ihrem „Offenen Brief“ und sagte einstimmig einen dementsprechenden Entschluß.

In Waldenburg sollte in einem Lokal ein Parteisekretariat errichtet werden. Die Behörde bekam davon Wind. Dem Wirt sollte die Konzession nicht erteilt werden, wenn das Büro dort errichtet werden sollte. Der Genosse Konieczny, der daselbst eine Schlafstelle hatte, sollte hinausfliegen. Ferner ist dem Wirt gesagt worden, es dürfen in seinem Lokal keine Versammlungen stattfinden.

Wir kennen die Treiber und Schürer bei diesem sauberen Werk. Auch Herr Fabrikbesitzer Geisler hat sich geäußert: „Entweder fliegt Genosse Konieczny oder der Wirt. Ein Sekretariat wird hier nicht errichtet.“ Polizeiliche Besuche beim Wirt sind an der Tagesordnung.

Das ist die freieste Republik der Welt!

Unterbezirk Waldenburg. In einer Mitglieder-versammlung der Metallarbeiter forderte der Angestellte des Metallarbeiterverbandes Daßler den Genossen Konieczny auf, das Lokal zu verlassen, da er sonst die Versammlung nicht eröffnen würde. Die Mehrheit der Anwesenden, denen Genosse Konieczny in einer früheren Versammlung einige unangenehme Wahrheiten gesagt hatte, stimmte dem Hinauswurf zu. Es ist doch eigenartig, daß selbst die großen Kanonen wie Timm und Hante-Breslau, daneben noch ein Stab von kleinen Kläffern, so einen Kommunisten fürchten.

Daß das Einreisen nachher in der Versammlung doch nicht ganz glatt ging, merkte man daran, daß einige Stimmen laut wurden mit der Bemerkung: Wäre nur jetzt der Kommunist hier!

Paasenan. Die am 30. Januar in Hennigsdorf, Kr. Trebnitz stattgehabene öffentliche S.R.P.D.-Versammlung, in der von unserer Partei der Genosse Stodtisch-Breslau sprach, war ein Erfolg für unsere Partei. Der S.R.P.D.-Referent, Gen. Theodor Müller, verjagte mit allerhand Klänken und Scheinmännern um den „Offenen Brief“ herumzukommen, was jedoch auf Widerstand in der Versammlung stieß. Genosse Stodtisch trat in durchaus sachlicher Beweisführung dem Gerede des Referenten gegenüber. Die Versammlung, in der hauptsächlich bestehend aus Landwirten und selbständigen Handwerkern, war sichtlich gebannt von den Ausführungen des Gen. Stodtisch, konnte sich aber noch nicht entschließen, den Forderungen des „Offenen Briefes“ der S.R.P.D. zuzustimmen. Das kleine Häuflein der anwesenden Proletarier stimmte aber geschlossen für die Forderungen. Der Referent der Versammlung, Gen. Müller von der S.R.P.D., glaubte in seinem Schlußwort noch darauf hinweisen zu müssen, daß es nicht gut sei, den Kommunismus auch auf das Land zu verpflanzen, und damit Uneinigkeit unter die Arbeiterschaft zu bringen. Damit hatte sich der „Einigkeitssapient“ selbst ins Gesicht geschlagen, denn in seinem Referat hat er sich geäußert für den Kampf, in geschlossener Front des Proletariats gegen Hunger und Konterrevolution, einzutreten. Eine Zellerfassung zugunsten der S.R.P.D. ergab 29 St., die dem Gen. Stodtisch als Speise übergeben wurden.

Hermsdorf u. R. Am Freitag, den 28. Januar, fand am hiesigen Orte eine öffentliche Versammlung der S.R.P.D. statt, in der Gen. Schirner in einem reichlich zweistündigen Referat die Ursachen des großen Elends des Proletariats und den Weg zur Beseitigung desselben der Versammlung vor Augen führte. Der Referent führte außerdem aus: Wenn das Proletariat sich weiterhin den Kopf durch die bürgertliche Presse, durch die Kirche und den ganzen Staatsapparat verleiern lasse, daß es dann unwiderstehlich dem Untergang geweiht sei. Das Proletariat muß den Kapitalismus überwinden, wenn es in eine bessere Lage kommen will. Außerdem verweist der Referent den „Offenen Brief“, welcher zur Abhänzung kam, in welcher die Arbeiter Hermsdorfs geschlossen dafür stimmten. Zu der darauf folgenden Diskussion meldete sich ein Herr Sanitätsrat Dr. Witte von hier. Er gab u. a. zu, daß das Proletariat schon sehr verelendet ist. Nachdem sprach Gen. Köhrlitz, welcher u. a. ausführte, daß uns nichts anderes übrig bleibt

als zu kämpfen, und es deshalb geschlossen zusammenstehen müsse. Im Schlußwort wies Genosse Schirner dem Herrn Sanitätsrat nach, daß derselbe sich auf ganz falschem Wege befinde. Durch regen Beifall zeigte die Versammlung, daß die Ausführungen des Genossen Schirner verstanden worden sind. Nachdem die Arbeiterschaft nochmals aufgefordert wurde, fest zusammenzusehen, fand die öffentliche Versammlung ein Ende.

Lokales.

Breslau, den 3. Februar 1921.

Genossen des Distrikts 7!

Das Lokal Sadowitzstraße 16 ist von jedem Klassenbewußten Arbeiter zu meiden, da der jetzige Inhaber das Lokal mit der Verpflichtung übernommen hat, die Kommunisten hinauszumerren.

Breslauer Mietererschungsverein. Am 27. d. Mts. fand eine Mitglieder-versammlung statt, die stark besucht war. Es wurde Rassen- und Geschäftsbericht erstattet, dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden sämtliche Vorstandsmitglieder einstimmig wiedergewählt und die in ihrem Amt tätigen Beiratsleiter von der Versammlung bestätigt. Der erste Vorsitzende, Herr Bergamtssekretär Möller, gab einen ausführlichen Bericht über die vor einiger Zeit im Reichsarbeitsministerium stattgefundenen Verhandlungen zwischen Mietern und Vermietern und Regierungsvertretern. Aus diesem Bericht ist zu ersehen, daß sich die Mieter verdammt auf die Hinterbeine stellen müssen, um den Maßnahmen der vom Großkapital gestützten Hausbesitzer entgegenzutreten zu können. Interessant ist es zu beobachten, wie sich die politischen Parteien zu der Mieterfrage stellen. Im Reichsarbeitsministerium besteht auch ein Wohnungsausschuß, gebildet aus Mitgliedern aller Parteien. Dieser Wohnungsausschuß war auch eingeladen. Von diesem Wohnungsausschuß war erschienen, sage und schreibe, ein einziger Mann der unabhängigen Partei, links angehörend. Die anderen Mitglieder scheinen anscheinend kein Interesse an der Mieterfrage zu haben. Es wird halt den Mietern nichts anderes übrig bleiben, daran zu gehen, sich selbst zu helfen. Nach Änderungen einiger Verbandsstatuten und Erledigung von Vereinsangelegenheiten kam man zum Punkt Verschiedenes. Bemerkenswert sind noch die Ausführungen eines Bezirksleiters über die Frühjahrslast, die anscheinend die Hausbesitzer wittern. Er hatte eine Mieterin mit Erfolg beim Miets-einigungsamt vertreten. Nach einigen Tagen kam der Hauswirt zu der Mieterin und sagte folgendes: „Som 1. April tritt eine Mieterhöhung in Kraft, höher als wie wir denken und dem Hauswirt wird die freie Verfügung über die Häuser gegeben. Er kann dann die Mieter rauswerfen, die ihm nicht passen. Er will aber entgegenkommend sein und einen längeren Kontrakt abschließen mit einer 60% Mieterhöhung, dann hätte sie ihre Wohnung gesichert.“ Jawohl, auf so etwas warten die Hauspöcher. Der Kerl mußte die Treppe hinuntergeworfen werden, daß ihm das Aufstehen vergeht. In der Aussprache bemerkte Herr Stadtschreiber Rother, Beamter des Wohnungsamtes und Mitglied des M.S.G.B., daß 27 000 Wohnungen gebraucht würden. Als Angebot stehen 2000 Wohnungen gegenüber und es sei dem Wohnungsamt unmöglich, die Wohnungslosen zu befriedigen. Nur Wohnungsbau kann uns helfen. Schluß um 11 Uhr.

Die Kriegshilfskasse der Stadt Breslau hat in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1920 wieder einer Anzahl Kriegsteilnehmern und deren Angehörigen aus dem selbständigen Mittelstande (Handwerkern, Kaufleuten, Angehörigen von freien Berufen) durch Vergabe von Darlehen zu 4% Zinsen und erleichterten Rückzahlungsbedingungen zur Wiedererlangung oder Erhaltung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit verholfen. Es wurden in dieser Zeit neunzehn Darlehensanträge über 43 000 M. gestellt, wovon bisher sechs mit 17 000 M. bewilligt wurden. Jeht Anträge schweben noch und drei mußten abgelehnt werden. 31 Darlehen der Kriegshilfskasse wurden an 137 Kriegsteilnehmer 310 800 M. Darlehen bewilligt.

Allen, vor ihrer Einberufung zum Wehrdienst selbständig gewesenen Kriegsteilnehmern oder deren Angehörigen (u. a. auch Kriegswitwen), denen zur Fortführung oder Wiederaufnahme ihres Gewerbes das notwendige Betriebskapital fehlt, gewährt die Kriegshilfskasse eine wesentliche Unterstützung. Darlehensanträge können, zurechtendlich mündlich, im Magistratsbüro XIII F, in der Elisabethstraße 3-4, Zimmer 7, während der Zeit von 8 bis 1 Uhr vormittags gestellt werden.

Rückwaren (Entlassungsgeld) und behördliche Ausweise über die frühere und erneute Selbständigkeit, (Gewerbeanmeldungen usw.) sind mitzubringen.

Höchstpreis für Rübenkraut. Durch eine Verordnung der Reichsregierung vom 21. Oktober 1920 ist der Höchstpreis für Rübenkraut für den Verkauf durch den Großhändler auf 230 Mark für 50 kg für den Verkauf durch den Kleinhändler auf 290 Mark für das Fund festgesetzt worden. Diese Preise werden vielerorts erheblich überschritten. Preise von 5 bis 6 M. für das Pfund werden häufig ganz offen gefordert und bezahlt.

Die Beauftragten der Preisprüfungsstelle sind angewiesen worden, die Einhaltung dieser Höchstpreise zu überwachen und Ueberschreitungen unmissverständlich zur Anzeige zu bringen. Auch ist das Polizeiamt ersucht worden, dem Handel mit Syrup seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Eintritt. Für Rotmützen gesammelt von der Betriebsversammlung der Betriebswerkstatt Wetzsch. 48.20 Mark.

Städtische Heilstätte Herrnsprosch. Das Pflegehaus in Herrnsprosch ist in „Städtische Heilstätte in Herrnsprosch“ umbenannt worden.

Literarisches.

Referenten-Material!

Kommunistische Propaganda Nr. 19. (40 Bg.) Inhalt: Die Notlage der Beamten. — Die Lage im Osten. — Die deutsche Gegenrevolution in der Front der Weltgegenrevolution. — Winke für Propagandisten.

Kommunistische Propaganda Nr. 20. (40 Bg.) Inhalt: Zur preussischen Landtagswahl. — Das Kinderelend (Vortragsplan). — Die Verelendung. — Winke für Propagandisten.

Material zur Landtagswahl in Preußen. Erstes Heft, 1.80 M. Aus dem Inhalt: Die Wahlrechtsfreundschaft der Demokraten. — Die Abfindung der Hohenzollern. — Die Republik unterm Ausnahmezustand. — Klassenjustiz. — Die preussischen Finanzen u. a. m.

In diesen Heften wird mit Emsigkeit das Zusammengetragen, was jeder Kommunist im Kampf mit den Gegnern des Kommunismus an Tatsachenmaterial benötigt. Unseren Ortsgruppen, Referenten, Diskussionsrednern in öffentlichen und Gewerkschafts-versammlungen kann man diese Materialsammlungen nicht warm genug empfehlen.

Nr. 2 des „Kommunistischen Landarbeiters“ ist erschienen. Aus dem Inhalt: Offener Brief der S.R.P.D.; Antworten auf den Offenen Brief der S.R.P.D.; Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Gewerkschaftliches: Französische Reaktion gegen die Gewerkschaften. Georg Schmidt und Faach in Amsterdam.

Was der Bewegung: Aus dem Reich der Zihewise, Jhen-plige und Koedertze; Mexikanische Landarbeiter befehen Gueter; Direkte Aktionen schottischer Landarbeiter; Revolutionäre Bewegung in Jugoslawien.

Aus unserer Mappe: Aus mittelalterlichen Winkeln; Ein verbrennender Schnapsjunker; Volk hungere — Dein Bischof ist satt; Vom fetten Leopold aus Sippe; Fajlow von Max Dachtel. Literaturangabe.

Alle kommunistische Literatur besorgt die kommunistische Bucherei Breslau 5, Gräbischer Straße 45.

Versammlungskalender.

Sammelt für den Wahlfonds.

Die Gegenrevolution arbeitet mit Lüge und einem gefüllten Geldsack. Auf die Lüge können wir verzichten. Geld ist aber notwendig zur Führung des Wahlkampfes. Sammelt in Betrieben und Versammlungen und sendet die Beträge an: Bezirksverbandsleitung Schlesien der S.R.P.D., Breslau 1, Nikolaitstraße 49/50 unter der Bezeichnung: Für den Wahlfonds. Der Wahlauschuß. Bezirksverbandsleitung: Sonnabend nachmittag 4 Uhr Sitzung im Parteibüro.

Öffentliche Eisenbahner-versammlung: Donnerstag, 3. Februar, abds. 7 Uhr, in „Sausjauer“, Mehlgasse 11. Thema: Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Regierung und Gewerkschaftsbürokratie. Referent: Gen. Bedec, Bremen.

Öffentliche Angestellten- und Beamten-versammlung: Freitag, den 4. Februar, abends 7 Uhr, im „Zentral-Vollhaal“, Wehndstraße 50/52. Thema: Wie kommen die Angestellten und Beamten aus ihrer Notlage heraus. Referent: Genosse Max Gräbichow.

Kommunistische Jugend, Ortsgruppe Breslau: Schule Minoritenhof 1/3, Donnerstag, den 3. Februar. Vorträge vom Genossen Witte. Thema: Kommunistische Jugend-internationale. Freie Aussprache! Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

Arbeiter-Infanterien-Bund: Donnerstag, den 3. Februar, 8 Uhr abends, Marimstraße 7 (Gastwirtschaft), Vortrag: Unsere Arbeit in Republik und Gemeinde.

Achtung Genossenschaftskassierer! Sämtliche Genossenschaftskassierer haben bestimmt bis zum 10. Februar in der Geschäftsstelle des Sozialistischen Verlages abzurechnen. Sämtliche Marken sind bis zu diesem Termin wegen Nachprüfen des Bestandes abzuliefern. Zurückgehaltene Marken verlieren mit dem 10. Februar ihre Gültigkeit und müssen als verkauft angerechnet werden.

Wahlauschuß: Alle Mitglieder des Wahlauschusses haben sich sofort im Parteibüro bei Gen. Gräbichow zu melden.

Metallarbeiter: Sonntag, den 6. Februar, vorm. 10 Uhr, im Gasthof „Sausjauer“, Mehlgasse 11, wichtige Metallarbeiter-versammlung. Es ist Pflicht eines jeden Kommunisten, welcher im Deutschen Metallarbeiter-Verbande organisiert ist, dort zu erscheinen. Parteimitgliedsbuch legitimiert.

Altwasser: Jeden Donnerstag Diskussionsabend.

Neu-Salzbrunn, Weißstein, Ober-Salzbrunn: Donnerstag, den 3. Februar, abends 5 Uhr, im Gasthof zum „Linnhof“, Neu-Salzbrunn, öffentliche Volksversammlung. Referent: Genosse Eberlein, Berlin. Thema: Emunifizierung oder Sozialisierung. Erscheinen in Massen.

Reinwig: Alle Genossen der S.R.P.D. und die auf dem Boden der 3. Internationale stehenden Arbeiter u. Arbeiterinnen Versammlung am Freitag, den 5. Februar, im Gasthof „Germania“.

Die Verbreitung Eures Blattes und Werbung neuer Leser ist revolutionäre Arbeit! Genossen, tut Eure Pflicht!

Verantwortlich für den gesamten Inhalt Kurt Reubert für Jaserate: Liebshwager & Meyer.

Send: Buchhandlung Büffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater.
Donnerstag 7 Uhr:
In Praxista.

Jobst-Theater.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Balkenhaus Ged.

Marie-Theater.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Brennender Felsen.

Schauspielhaus.
Cyrcus-Theater. S.R.P.D.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Die Neue Oper.

Liebig-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Bank Linsgrau,
Leo Morgenthau
Kamerale Spiele
aus vorangegangenen Tagen.
3 Bank
Mister-Linsgrau
Mister-Schubert-
Quartett,
Lajos Rigo
der berühmte Geiger
u. weitere 3 Attraktionen
des Programms.
Folge-Programme.

Ich kaufe
alle
Militär-
bekleidungsstücke
und
Herrengardarobe
neu und gebrauch
Max Hadamek
Brandenburgerstr. 2, II.

Metalle
kauft
latisch, Remarkt 26.
Salo Tichauer & Co.
Kze. Tschekstraße 25
Kze. Schlegelstr. 63
Sriede-Wilhelms-Str. 12
am Hauptplatz.
Reißungsfähige
Eckschneidemaschine
am Platz.

HAARNISSE
Kopfgeländer — Braut — Kopf-Nisse
unverwundt gewaschen! in 2 Stunden reuein
NISSKA D.R.G.M. Der Wanderkamm
Verlangen Sie besterlei Ausführungsgeschäft
in Dresdener und einträglichen Ge-
schäften oder von Allein-Verstatter
FR. E. MUCKENHAUPT
NURNBERG B. 4.
Inferate haben in der schlesischen
Krb.-Ztg. größtes Erfolg.

Gesellschaft für einfache Wohnungs-Einrichtungen
der Stadt Breslau n. v. l.
Einfache Möbel
nach künstlerischen Entwürfen zu zeit-
gemäß billigen Preisen gegen bar
= oder erleichterte Zahlungsweise =
Albrechtstrasse Nr. 39
Eingang Arbückerstr., I. Stock